

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Meister & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakt.: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münststraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Inserate: die sechsgepaltene Kolonelleile 40 J, für Mittgl. 30 J

Nr. 47.

Hannover, 22. November 1907.

17. Jahrg.

Der Reichstag.

In einer schweren Zeit tritt nach langer, an politischen Ereignissen und sensationellen Zwischenfällen reichen Sommerpause der deutsche Reichstag am kommenden 22. November wieder zusammen. Der kurze Sessionsabschnitt nach den Wahlen, vom Februar bis zum Mai dieses Jahres während, hat sich fast nur mit der Etatberatung befaßt, alle andern noch so wichtigen Arbeiten aber verschoben. Die natürliche Abspannung der Abgeordneten nach der harten und anstrengenden Wahlkampagne in der Winterkampagne mag das immerhin begreiflich erscheinen lassen, wenngleich nicht verschwiegen sein darf, daß dadurch für das Volk mancherlei schwerwiegende Nachteile entstanden. Auch die Regierung, und im besondern der „leitende Staatsmann“, hatten sich's Schweiß kosten lassen, den hurrapatrisiischen Blochreichstag zusammenzutreiben; der Fürst Bülow, der schon früher liebte, sein Gewerbe nach berühmten Mustern sozusagen im Umherziehen zu betreiben, hat sich danach sechs Monate lang am Strande von Norderney, behaglicher Ruhe pflegend, ausgeruht. Nun sollte man meinen, daß Regierungsmänner und Abgeordnete mit Feuereifer an die Erledigung zahlreicher und dringlicher Arbeiten herangingen, die dem Volke Nutzen bringen müssen; aber — weit gefehlt! Im deutschen Blätterwalde hört man's nur rauschen von Marine- und Militärvorlagen, vielleicht auch noch von einem unsinnigen und ungerechten Plane zur Bekämpfung des Polentums, dagegen Schweigen alle Wälder von der Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse des Volkes.

Was braucht die Masse der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land jetzt am nötigsten? Eine Sicherung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung und eine Vergrößerung ihrer staatsbürgerlichen Rechte! Dröhnend laut tönt schon der Ruf durch die deutschen Gauen: Billiges Brot und Arbeitsgelegenheit! Die Preise der Lebensmittel, auch die der Wohnungen, der Kleidung und anderer Lebensbedürfnisse haben eine Höhe erreicht, die bisher bei uns unbekannt war. Infolge der Absperrung unserer Grenzen gegen die Zufuhr preiswerter Lebens- und Futtermittel ist die rationelle und genügende Ernährung der minderbegüterten Volksschichten nicht nur in Frage gestellt, sondern tatsächlich in manchen Strichen schon unmöglich gemacht worden. Wie Arbeiterfamilien von sechs, sieben und noch mehr Köpfen heute mit Löhnen von 12—20 Mark die Woche auskommen sollen, ist einfach rätselhaft. Aber viele haben nicht einmal diese durchaus unzureichende Einnahme, sondern leiden schon wochenlang unter Arbeitslosigkeit. Besonders in einzelnen Branchen, z. B. im Automobilbau, finden täglich Arbeiterentlassungen statt. Eine Besserung ist bei dem heutigen Geldstande einfach ausgeschlossen: innerhalb dreier Wochen ist der sogenannte Reichsbanddiskont von 5 auf 7 1/2 Prozent gestiegen; Geschäftsleute, die auf Kredit angewiesen sind, müssen für Bankdarlehen selbst bei guten Sicherheiten 9 und 10 Prozent bezahlen; dabei ist kein Geschäft mehr möglich. Und wenn somit manche Unternehmer, vor allem natürlich die kleinen und kapitalschwachen, ohne Frage hart betroffen werden, so müssen doch die Arbeiter noch ganz anders darunter leiden.

Woher kommt diese Geldknappheit, diese verheerende Verschärfung des Geschäfts? Von dem ungeheuren Verbrauch von Menscheneinsatz in kriegerischen Unternehmungen der letzten Jahre und von den ungeheuren Rüstungen der sogenannten Kulturvölker. In dieses bodenlose Faß ist hineingeschöpft worden, was jetzt an allen Ecken und Enden fehlt. Der Wahnsinn dieser „gottgewollten Ordnung“, unter der wir zu leiden haben, tritt hier mit greifbarer Deutlichkeit zutage. Aber kein Gedanke an Umkehr und Einkehr bei unsern „Staatsmännern“ und ihren parlamentarischen Trabanten! Im Gegenteil: immer neue Rüstungen, immer größere Panzerschiffe, immer mehr Kanonen, immer gewaltigere Festungen. Und der Trupp der Hurrapatrisien heult toben den Weisfall; ja sogar manche, viele Arbeiter schnallen den Hungerriemen enger und übertönen das Knurren ihres rebellischen Magens, indem sie mit ihren Klassenfeinden und Ausbeutern um die Wette gegen die „vaterlandslose Kotte“ donnern. Man glaubt sich in ein Narrenhaus versetzt, wenn man diese Gestalten im „Schwertertanz“ hurrapatrisischer Kadavertimmung vor sich mimen sieht.

Was das Volk braucht, ist billiges Brot; also: Öffnung der Grenzen für Lebensmittel, Aufhebung der verhängenden Zölle. Doch nicht so denkt die Regierung: sie will uns durch neue Steuern, durch Monopole von unsern Schmerzen kurieren. Im weiten Bogen geht man wieder der Belastung tragfähiger Schultern durch direkte Steuern aus dem Wege, um von den Ärmsten der Armen neue Blutgroßen zu heischen. Den Agazieren will man durch teilweise Verstaatlichung der Fufelproduktion einen Riesengewinn garantieren, den man dem Schnapstrinker abzugewinnen sucht. Ein Hohn auf jede gesunde Volkspolitik, ein Hohn auf wahre Kulturentwicklung! Wir werden uns mit diesen Dingen demnächst eingehender befassen und den Nachweis der Volksverderblichkeit der gefährlichen Pläne im einzelnen liefern.

Wundernehmen kann uns eine solche Politik freilich nicht. Werfen wir nur die Frage auf: Wer regiert in Deutschland? Dann begreifen wir alles und noch ein bißchen mehr. Sensationelle Prozesse in der letzten Zeit haben einen Zipfel des Vorhanges gehoben, hinter dem die Claque und Verschönerungen der Leute mit dem großen Namen, dem kleinen Hirn und dem harten Herzen ihr widerliches Unwesen treiben. Sie sind nicht alle so schlimm, wie die Mustereispiele, die auf dem Markte der Justiz standen; auch sind wir nicht pharisaisch genug veranlagt, um in sittlicher Entrüstung zu schweigen: aber das muß gesagt werden, daß die Leute mit pervertierten Neigungen, volksfremdem Denken und Fühlen nicht an verantwortliche Stellen im Staate gehören. Bei freier Wahl des Volkes wären sie gewiß nicht an ihre Plätze gekommen! Deshalb müssen wir eine Erweiterung der staatsbürgerlichen Rechte haben: Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk!

Wie weit sind wir davon noch entfernt! Das sieht man so recht, wenn man unsere Parteien anschaut. Im wider-natürlichen Verbände, als ein Opfer politischer Pervertität sehen wir da die „Liberalen“ aller Schattierungen mit den schlimmsten Reaktionen. Und die politischen Fragen werden heute nicht so gestellt: „Was dient dem Volke?“, sondern so: „Was verhindert den Bankrott der Blochpolitik?“ Ein Zerren und Würgen um die Gunst der Regierenden, ein eifersüchtiges Belauern und Bewachen zwischen rechts und links. Von einem Schimpf wanken die Liberalen zum andern, um nur ja die Konkurrenz des hiedern Zentrums bestehen zu können! Wer heute in Deutschland Politik treiben muß, braucht keine Brechpulver: die nötige Reizung der Eingeweide wird durch den deutschen Freisinn prompt besorgt.

So stehen die Arbeiter, die Kleinbürger, die Handwerker vor dem Werke des Fürsten Bülow und — befehlen sich den Schaden vom 25. Januar. Wer einen Fanken von Verstand hat, muß sich als Arbeiter sagen, daß er über die Fährlichkeiten der nächsten Zeit nur hinwegkommen kann, wenn er sich der Gewerkschaft seines Berufs anschließt und zu den Fahren der Arbeiterpartei hält. Nur so kann er Aussicht gewinnen, seinen Lebensstand zu sichern und der Verflawung zu entkommen.

Die Zöllner und Wucherer.

Wie die im Jahre 1902 inaugurierte preussisch-deutsche Zoll- und Wirtschaftspolitik auf die Lebenshaltung der Arbeiter einwirkt, das sagen den Zollwucherern auch die Berichte der deutschen Fabrikinspektoren, in welchen auf die von den gewerkschaftlichen Organisationen erkämpften Lohnerhöhungen hingewiesen, aber gleichzeitig bemerkt wird, daß diese Lohnerhöhungen, wo sie stattgefunden haben, zum größten Teil oder ganz von der Steigerung der Lebensmittelpreise absorbiert wurden, so daß sich die Lebenslage der Arbeiter nicht gebessert hat. Wo eine Lohnerhöhung nicht erfolgt ist, bezw. durchgesetzt werden konnte, haben sich die so schon traurigen Verhältnisse der Arbeiter selbstverständlich ganz erheblich verschlechtert. Es berichtet die

Fabrikinspektion Potsdam: Die Löhne der Arbeiter haben im Berichtsjahre in den meisten Industriezweigen eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren, die jedoch nicht überall genügt haben wird, die Mehrausgaben infolge der steigenden Preise für Wohnungen und Lebensbedürfnisse auszugleichen.

Fabrikinspektion Pommern: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung war infolge der in den letzten Jahren in fast allen Industriezweigen eingetretenen Lohnerhöhungen günstig, wenngleich diese durch die hohen Lebensmittelpreise wieder ausgeglichen wurden.

Fabrikinspektion Liegnitz: Die Arbeiter sind an die Arbeitgeber mit Forderungen herangetreten, denen die Verächtlung nicht abgesprochen werden soll, da infolge der gesteigerten Lebensmittelpreise, ganz besonders aber der dauernd sehr hoch gehaltenen Kohlenpreise, die Ausgaben für die Lebenshaltung höhere Löhne erforderlich machten.

Fabrikinspektion Erfurt: Die Löhne der Arbeiter haben infolge des guten Geschäftsganges eine reichliche Steigerung erfahren. Die Lebensmittelpreise verharrten jedoch fast das ganze Jahr hindurch auf einer beträchtlichen Höhe, so daß die Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahre keine wesentliche Steigerung aufweisen konnte.

Fabrikinspektion Hannover: Die Lohnerhöhungen haben infolge der zunehmenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, insbesondere der Wohnungsmieten und Lebensmittel, eine nachhaltige Besserung der Lage der Arbeiterschaft nicht herbeizuführen vermocht.

Fabrikinspektion Danenburg: In beträchtlichem Umfang ist eine Erhöhung des Tagelohnes bei den niedrigst bezahlten Arbeitern eingetreten. Eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter dürfte jedoch im allgemeinen nicht eingetreten sein, da die Erhöhung des Verdienstes durch die Verteuerung der Nahrungsmittel größtenteils ausgeglichen sein wird.

Fabrikinspektion Münster: Der Verdienst der Arbeiter war der günstigen Lage entsprechend, er wurde aber meist durch die erhöhten Kosten für die Lebenshaltung wett gemacht.

Fabrikinspektion Minden: Die schon im Vorjahre einsetzende Steigerung der Löhne hat in fast allen wichtigen Industriezweigen weitere Fortschritte gemacht. Daß dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung eine nennenswerte Verbesserung erfahren hat,

ist gegenüber der anhaltenden Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse nicht wahrscheinlich. Fabrikinspektion Kassel: Von dem günstigen Stande der Industrie ist die Lohnhöhe allgemein beeinflusst worden. Die Erhöhung der Löhne ist aber, mit Ausnahme einzelner Arbeiterklassen, deshalb nicht erheblich zu nennen, weil sie wegen der Verteuerung aller Lebensmittel erforderlich war, um die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien auf gleicher Höhe zu erhalten.

Fabrikinspektion Düsseldorf: Zu bedauern bleibt, daß die Verteuerung fast sämtlicher Lebensmittel die Arbeiterschaft nicht zum vollen Genuß der erzielten Lohnsteigerungen hat kommen lassen.

Fabrikinspektion Bln: Die Lohnerhöhung hat aber nicht überall mit der verteuerten Lebenshaltung der Arbeiter gleichen Schritt gehalten.

Fabrikinspektion Oberbayern: Leider ist aber damit (mit der Lohnaufbesserung) bei der Arbeiterbevölkerung eine Verringerung der Ernährungsverhältnisse nicht verbunden gewesen, da fast bei allen Konsumartikeln, namentlich aber beim Fleisch, eine abermalige Preissteigerung eingetreten ist.

Fabrikinspektion Oberpfalz: Die Lebenshaltung der Arbeiter hat trotz vielfacher Lohnerhöhungen, infolge der teuren Lebensmittel, eine Besserung nicht erfahren.

Fabrikinspektion Oberfranken: Zwar wiesen die Arbeitslöhne eine steigende Tendenz auf, und einem erheblichen Teil der Arbeiterschaft sind Verdienststeigerungen von 10 Prozent und mehr zugute gekommen; allein diese Einkommenssteigerungen werden weitgehend durch die allgemein erhöhten Kosten der Lebenshaltung infolge vielfältiger Preissteigerungen, durch verringerte Kaufkraft des Geldes wieder aufgewogen.

Fabrikinspektion Augsburg: Das Mißverhältnis zwischen Einkommen und den enorm hohen Preisen für alle Lebensmittel und die allernotwendigsten Verbrauchsgegenstände wurde im Berichtsjahre noch drückender empfunden als im Vorjahre. Die Preise für Pferdefleisch und Pferdebeschlagen sind wegen Mangels an Schlachtvieh gestiegen. In den beiden Freibanken herrschte fast ständig Mangel an Fleisch und mußten dieselben daher öfters geschlossen bleiben.

Fabrikinspektion Sachsen: Die Löhne haben in einer Anzahl Betriebe eine Erhöhung erfahren, die aber mit der Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, nicht gleichen Schritt gehalten hat, so daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft sich gegen das Vorjahr nicht verbessert haben dürfte.

Für Lebensmittel hat der Arbeiter mehr als in früheren Jahren anlegen müssen. Fleisch, Butter, Fett, Weizenmehl, Roggenbrot, Eier, Linsen, Kartoffeln und Milch sind teurer geworden. Die Mieten für Arbeiterwohnungen sind im Berichtsjahre eher gestiegen.

Eine Aufbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung dürfte nicht eingetreten sein, da im Berichtsjahre wiederum die Preise der Lebensmittel gestiegen sind.

Die Arbeitslöhne sind etwas gestiegen. Trotzdem ist eine nennenswerte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung infolge der anhaltenden empfindlichen Verteuerung der Lebensmittel nicht eingetreten.

Die Lebenshaltung des Arbeiterstandes wurde durch die anhaltend hohen Fleischpreise ungünstig beeinflusst. — Ob freilich die gewährten Lohnerhöhungen mit der Preissteigerung der Lebensmittel überall gleichen Schritt gehalten haben, läßt sich nicht sagen.

Fabrikinspektion Württemberg I: Die verschiedenen Lohnaufbesserungen, welche die Arbeiter im Berichtsjahre erfahren haben, sind für sie nicht dem ganzen Umfang nach als Verrückung wirksam geworden, da die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, der Wohnungen, des Brennmaterials, u. a. auch die schärfere Heranziehung zur Steuer, einen nicht unbedeutlichen Teil der Zulagen vorwegnehmen.

Fabrikinspektion Württemberg III: Die Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Fleischpreises, hat zu einem wesentlichen Teil zu den Lohnkämpfen geführt.

Fabrikinspektion Heisen: In der großen Mehrzahl der Fabriken ist es den Arbeitern gelungen, Lohnaufbesserungen zu erreichen, die allerdings durch die anhaltende Verteuerung aller Lebensmittel und besonders die über die Massen gestiegenen Fleischpreise größtenteils wieder aufgewogen wurden.

Fabrikinspektion Schwarzburg-Sondershausen: Wenn demnach auch für den Arbeiter günstige Lohnverhältnisse vorhanden waren, so ist nicht zu verkennen, daß durch die allgemeine Verteuerung der Mittel zum Lebensunterhalt der gute Verdienst wieder wett gemacht worden ist.

Fabrikinspektion Schwarzburg-Rudolstadt: Wenn auch zugestanden werden muß, daß die höheren Fleischpreise die Wohltat des höheren Verdienstes schmälern.

Fabrikinspektion Lippe: Die Lohnsätze der Arbeiter haben im Berichtsjahre fast durchgehends eine Erhöhung erfahren. ... Trotzdem ist die Lebenshaltung der Arbeiter infolge der anhaltenden Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse im allgemeinen nicht wesentlich besser geworden.

Fabrikinspektion Lüneburg: Wenn trotzdem (Lohnsteigerungen) eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nicht zu verzeichnen ist, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Steigerung der Preise der Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände, wodurch der Mehrverdienst zum größten Teil wieder aufgehoben wurde.

Fabrikinspektion Lothringen: Die Lebensmittelpreise sind jedoch in den letzten Jahren schneller in die Höhe gegangen als die Löhne in den meisten Erwerbszweigen, so daß es im allgemeinen den Deuten kaum möglich war, den früheren Stand ihrer Lebenshaltung aufrecht zu erhalten. Nur für verhältnismäßig wenig Arbeiter haben die Lohnsteigerungen die Möglichkeit einer bessern Lebenshaltung geboten.

Gerne: berichteten die Fabrikinspektoren

Die Steigerung der Lebensmittelpreise und die Steigerung der Wohnungsmieten; **Marienwerder** über die hohen Preise für Lebensmittel; **Doppel** über die Verteuerung der Lebensmittel; **Merseburg** über die anhaltende Verteuerung der Wohnungsmieten und aller anderen Lebensbedürfnisse, die Wohnungserhöhungen bis zu 10 Prozent zur Folge hatten; **Koblenz** über die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise und vornehmlich der Fleischpreise, die eine beträchtliche Steigerung der Löhne zur Folge gehabt; **Pfalz** über die Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel für die Familie; **Unterfranken** über die außergewöhnliche Preissteigerung fast aller für den Lebensunterhalt der Arbeiter erforderlichen Bedarfsstoffe, die allgemein zur Verteuerung der Wohnungserhöhungen geführt hat; **Württemberg II** über den hohen Aufwand für Nahrung, Kleidung und Wohnung und die hohen Fleischpreise, welche zahlreiche Bevölkerungsklassen mit geringem Einkommen zur Einschränkung des Fleischkonsums nötigten; **Westsachsen** über den andauernd hohen Stand der Lebensmittelpreise, infolgedessen das Verlangen nach höheren Löhnen bei der Arbeiterklasse naturgemäß lebhaft geltend wurde; **Sachsen** über die Verteuerung der allgemeinen Lebensmittelpreise, nicht nur für Nahrungsmittel, sondern für alle Lebensbedürfnisse, die die Forderung nach höheren Löhnen verständlich erscheinen lassen; **Bremen** über die zunehmende Lebensmittelverteuerung, insbesondere die zeitweise unerschwinglichen Fleischpreise; **Hamburg** über die erhebliche Steigerung der Preise für Fleisch und andere Lebensmittel; **Ober-Elsaß** über die steigenden Preise der Lebensmittel.

So konstatierten auch die antiken Gewerbeinspektoren die für die Arbeiterklasse schädlichen Folgen der Zollwucherpolitik und der Grenzsperr. Den bürgerlichen Parteien: Konservativen, Liberalen und Zentrum, verbannt die Arbeiterklasse diesen Beutezug auf ihre Taschen, durch den ihnen mühsam erkämpfte Lohnserhöhungen wieder zum großen Teil oder ganz genommen werden. Fordern die Arbeiter aber höhere Löhne, dann zeteren obige Parteien über die Begehrlichkeit der Arbeiter und schreien nach Regierung und Polizei, um den „Sehern“ und den „aufgehetzten“ Arbeitern ebenmäßig mit dem Polizeitruppel die Begehrlichkeit auszuweiden, sie zur Reihung zu bringen. Daneben spekuliert man aber noch auf die Dummheit der Arbeiter, daß dieselben ihren „Meßgern“ Gefolgschaft bei den Wahlen leisten.

Die Arbeiter werden durch die immer mehr zunehmende Verteuerung von dem Wohlwollen der bürgerlichen Parteien grollendst kuxiert sein. Wo es noch nicht der Fall ist, wird es noch geschehen. Immer höher steigen die Preise für Lebensmittel, die Preise namentlich für Brot schnellen in gewerter Zeit immer mehr in die Höhe, dazu wird die Steuerlast immer mehr angezogen, damit ja kein Groschen des Arbeitsverdienstes der Verteuerung entgeht.

So bringt man die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage; so pakt man ihnen das Verständnis dafür ein, daß sie zusammengehören im Kampf um ihre Existenz, und daß sie sich nur auf sich selbst verlassen können, — aber auch das Verständnis dafür, daß derjenige, der sie trennen und gegen einander aufsetzen möchte, sei es aus welchem Grunde immer, ihr Feind, ein Verräter an ihren Interessen ist; so bringt man der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und der politischen Betätigung in einem ihren Interessen entsprechenden Sinne bei, die sie nicht bei den Konservativen, nicht bei den Liberalen, nicht beim Zentrum finden, denn dem Zentrum verbannt die Arbeiterklasse den Zollwucher.

Insofern haben die Zöllner und Wucherer der Arbeiterklasse einen guten Dienst erwiesen.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† **Zuzug ist fernzuhalten nach Augsburg, Andernach (Malzfabrik), Donaueschingen, Siegnitz, Moos (M.-A.), Nordhausen (Brennerei Fr. Regen), Schwabach (Brauerei Biederich), Bad Salz (Schafstüber) und Mülheim (Mühl)-Saarn (Malzfabrik).**

† **Der „Doornkaat“-Schnaps ist konfiskiert.** Eine Kartellkonferenz der Kartelle in Schiedland und Oberburg hat Ende Oktober erneuert beschlossen, den „Doornkaat“-Schnaps weiter zu konfiszieren. Kollegen, sorgt für Auslieferung dieses Beschlusses! Besonders in Heiland-Weise ist es nicht noch viel „Doornkaat“ konsumiert und sollten die dortigen Kollegen dem Boykott mehr Beachtung schenken.

† **Konfiskiert ist auch der Schnaps der Kornbranntweinfabrik Friedrich Regens Nachfolger, Inhaber A. Stebbmann Söhne, Nordhausen.**

† **Augsburg.** Es beginnt allmählich bei einigen Unternehmern zu dümmern, welche böse Suppe sie sich eingebracht haben, daß sie sich vor den Wagen der Scharfmacher spannen lassen und eins zu kriechen, von allerlei dunklen Absichten diktiertem Kampf vom Lohne brechen helfen. Ihr Abzug hat sich recht fühlbar verringert und wird es mit der Zeit immer mehr — dafür wird gesorgt werden — und kein Scharfmacher kann ihnen das verlorene Abgabegeld wiederbringen. Sie möchten auch schon gerne Frieden schließen, aber die in der Mehrheit befindlichen Scharfmacher wollen noch nicht, sie werden wohl vorerst noch einigen ihrer „lieben Kollegen“ den Hals zuschnüren wollen. Uns kann es recht sein; dann können andere an die Reihe. Wir können mit Ruhe der Entwicklung der Dinge zusehen, bis die Herren uns kommen, und haben nur nötig, für genügend konfiskiert und ringiertes Bier zu sorgen, und das haben wir uns jetzt gesichert.

In den Betrieben selbst geht es kumt her, die Vorgesetzten haben im Allgemeinen trübe Tage mit dem zugezogenen arbeitswütigen Personal. In einigen Brauereien ist es schauerhaft anzusehen; die Brauereileiter müssen überall selbst dabei sein, und selbst die Direktoren sind zum Teil schon alle Tage im Geschäft, ehe die Löhne kränzen. Das wäre ihnen alles eripart geblieben, wenn sie der Bekanntheit Gehör geschenkt hätten. Nur so weiter, die Rechnung machen wir dann auf. Notwendig aber ist,

daß Zuzug nach Augsburg nach wie vor streng festgehalten wird.

† **Berlin. Tarifvertrag.** Zwischen dem Verein der Berliner Weißbierbrauereien und dem Zentralverband der Brauerarbeiter, Sektion II des Brauerarbeiterverbandes wurde am 14. September ein Tarif abgeschlossen.

Die Arbeitszeit ist 10 Stunden. Soweit an Sonnabenden für Arbeitnehmer nicht frei ist, ist die Arbeit dieser an Sonntagen als Nebenarbeit zu betrachten. Als Sonntagsarbeit gilt die Arbeit von Sonnabend nach 12 Uhr bis Sonntag nach 12 Uhr. Die Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf Feiertage. Als Nebenarbeit gilt auch diejenige Zeit, während welcher Arbeitnehmer auf Anordnung der Betriebsleiter in Betriebe anwesend sein müssen, auch wenn sie keine Arbeit zu verrichten haben.

Der Lohn beträgt für Betriebs- und Flaschenkellerarbeiter über 18 Jahre bei Eintritt 24 Mk., nach 1 Jahr 26 Mk. pro Woche; für Hausarbeiter wie oben 27 und 28 Mk.; für Maschinenisten und Hilfsarbeiter wie oben 27 und 28 Mk., jeder zweite Sonntag ist ihnen

ohne Lohnabzug freizugeben. — **Ueberstunden** bei einem Lohn bis 28 Mk. 50 Pf., über 28 Mk. 50 Pf. pro Stunde, die ersten Feiertage 60 bzw. 65 Pf. pro Stunde. — **Zurzeit günstigere Bedingungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis** bleiben bestehen. — **Urlaub** ohne Lohnabzug nach zweijähriger Tätigkeit 2 Tage, steigend pro Jahr um 1 Tag, nach 6 Jahren und darüber 1 Woche.

Bei Krankheit wird bei einer Beschäftigungsdauer von 14 Tagen die ersten drei Tage der volle Lohn gezahlt, bei längerer Beschäftigungsdauer vom 4. Tage ab unter Anrechnung des Krankengeldes $\frac{2}{3}$ des Lohnes, an solche, die Frau oder Kind zu ernähren haben, $\frac{1}{2}$ des Lohnes, wo dies nicht der Fall ist, und zwar nach halbjährigem Dienstalter 14 Tage, nach 1 jährigem 3 Wochen, nach 3 jährigem Dienstalter, 4 Wochen; bei militärischen Übungen $\frac{2}{3}$ bzw. $\frac{1}{2}$ des Lohnes bis zu 14 Tagen. Sonstige unverschuldete Verfassungen werden am Lohn nicht in Abzug gebracht.

Einverständnis aus diesem Vertrag werden zwischen den Vertretern der beiden Organisationen geregelt. Der Tarif tritt am 14. September 1907 in Kraft.

Unterzeichnet haben bis jetzt folgende Brauereien: **Breitshaupt, Gabriel & Jäger, Hildebrandt, Gehrde, C. W. Richter, Lande, Stralauerstraße, und Fischer, Ritzdorf.**

† **Wohum. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei A. Fiege wurde ein vom 1. August 1907 ab geltender Tarifvertrag abgeschlossen mit 14 Jahren von 27 Mk. pro Woche Anfangslohn, nach $\frac{1}{2}$ Jahr 28 Mk., nach 1 Jahr 29 Mk. und dann steigend halbjährlich um 50 Pf. bis 32 Mk. Lohn, zu 6 Jahre berechnet; in die Woche fallende Feiertage werden nicht in Abzug gebracht. **Ueberstunden** an Sonntagen 60 Pf., an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 60 Pf. **Urlaub** ohne Lohnabzug nach 1 Jahr 3 Tage, nach 2 Jahren 6 Tage. Unverschuldete Verfassungen bis zu 1 Tag (§ 616) werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht. Bei militärischen Übungen wird bis zu 14 Tagen der volle Lohn, bei Krankheit die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bis zu drei Wochen gezahlt.

† **Schwelm. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei Kaarmann u. Kathagen schloß die Zahlstelle Garmen des Brauerarbeiterverbandes am 31. Oktober einen Tarifvertrag ab. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April bis 30. September 10 Stunden, vom 1. Oktober bis 31. März 9 Stunden, bei einer Anwesenheitspflicht von 12 Stunden.

Für Verfahrer ist die Arbeitszeit möglichst obigen Bestimmungen anzupassen. **Ueberstunden** für sämtliche Arbeiter Wochentags 50 Pf., Sonntags 60 Pf. Jede Sonntagsarbeit ist als Ueberstunden zu bezahlen. Bierfahrer und Milchfahrer erhalten für Pferde- und Geschirrtagen an Sonntagen 50 Pf. Sonntagsjour wird nur von Bierfahrern gehalten, dieselbe wird mit 3 Mk. vergütet. Maschinenisten und Helfer erhalten für den Sonntagsdienst bei 12stündiger Arbeitszeit 5 Mk., bei stundenweiser Beschäftigung pro Stunde 60 Pf.

Löhne erhalten Brauer und Küfer bei Einstellung 27 Mk. pro Woche, halbjährlich steigend um 50 Pf. bis 30 Mk.; **Maschinenisten, Heizer, Schlosser und Bierfahrer** wie oben 26 bis 29 Mk.; **Hilfsarbeiter** wie oben 23 bis 26 Mk.; diejenigen, welche ein Vierteljahr die Arbeit besser bezeugt vorbringen, erhalten den für diese Kategorie festgesetzten Lohn. — In die Woche fallende Feiertage werden nicht in Abzug gebracht. Gesetzliche Feiertage stehen den Sonntagen gleich.

Bei unverschuldeten Verfassungen wird kein Lohnabzug gemacht. Bei militärischen Übungen wird bis zu 14 Tagen der volle Lohn, bei Krankheiten die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gezahlt. Der Tarif tritt am 1. Oktober 1907 in Kraft.

Die Organisation hat erst vor einem halben Jahre in diesem Betriebe Fuß gefaßt. Es hat nicht an den üblichen Versuchen gefehlt, die Arbeiter wieder zum Austritt zu bewegen. Auch schnell aufeinanderfolgende sogenannte „freiwillige“ Lohnaufbesserungen sollten diesem Zwecke dienen. Es half alles nichts, die Arbeiter blieben der Organisation treu und so mußte man sich doch endlich dazu verstehen, die Organisation anzuerkennen, mit ihr zu unterhandeln und den Tarif abzuschießen, der den Arbeitern wesentliche Vorteile bringt. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß die Kollegen, die so lange unter den rückständigsten Verhältnissen zu arbeiten hatten, nur durch treues Festhalten an der Organisation Besserung schaffen konnten. Sie werden die Organisation hochhalten.

† **Leisendorf. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei Wiegner schloß die Zahlstelle München einen vom 1. Nov. 1907 ab gültigen Tarifvertrag ab.

Die Arbeitszeit ist 10 1/2 Stunden bei 13stündiger Präsenz für Binder 10 Stunden bei 12stündiger Präsenz. Wird an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen länger als 3 Stunden gearbeitet, so ist jeder zweite Sonn- bzw. Feiertag 24 Stunden oder jeder dritte 36 Stunden frei. — **Löhne** für gegenwärtig Beschäftigte im 1. Jahre 21 Mk., im 2. Jahre 22 Mk., im 3. Jahre 23 Mk. pro Woche; für Neueingestellte Anfangslohn 20 Mk., steigend jährlich um 1 Mk. bis 23 Mk. **Oberbursche, Obermälzer, Oberbinder und Bierfieder** 26 Mk. Höhere Löhne bleiben bestehen. — **Ueberstunden** an Wochentagen 40 Pf., Sonn- und Feiertags 50 Pf. **Bierjour** an Wochentagen nach 10 Uhr pro Stunde 30 Pf., an Sonn- und Feiertagen insgesamt 1 Mk. **Schankjour** wird entweder bezahlt oder aufgehoben. — **Gastronomen** wie bisher. — **Urlaub** ohne Lohnabzug nach 2 Jahren 3 Tage, nach 4 Jahren 4 Tage. — **Reinliche Bäder, Wasch-, Ankleide- und Trockenräume.** — **Bei Krankheit** vom 4. bis 13. Tage Zuschuß zum Krankengeld bis zu $\frac{2}{3}$ des Lohnes für Verheiratete, $\frac{1}{2}$ des Lohnes für Ledige, bei militärischen Übungen pro Tag 1,50 Mk. bis zu 14 Tagen, unverschuldete Verfassungen werden nicht vom Lohn abgezogen. — **Bei event. Arbeitsmangel** werden die Letztgestellten zuerst ausgeschieden, bei Bedarf oder Wiedereingang der Mälzerei werden die Ausgeschiedenen wieder eingestellt, wenn sie um Arbeit nachsuchen. — **Freies Koalitionsrecht.**

Malzfabriken.

† **Neuß. Tarif-Vertrag der Malzfabrik Anton Schneider in Neuß a. Rhein** mit dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter, Zahlstelle Düsseldorf.

Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Die Sonntagsarbeit wird auf 3 Stunden beschränkt. Die weitere Arbeit wird als Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde vergütet. Jeden dritten Sonntag 36 Stunden frei. Für Ueberstunden an Wochentagen 50 Pf. pro Stunde.

Lohn pro Woche, eingeteilt in 6 Schichten, ohne Abzug der in die Woche fallenden Feiertage, 28 Mk. In Krankheitsfällen werden die ersten 3 Tage voll, für die folgenden 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt, bei militärischen Übungen bis zu 14 Tagen der volle Lohn, wenn der Arbeiter ein Vierteljahr im Betriebe beschäftigt war. Bei familiären Verfassungen, Aufstellungen usw. wird bei Verfassungen bis zu 1 Tage kein Lohnabzug gemacht.

Freies Koalitionsrecht. Gewerkschafts-Aufenthalts- und Trockenräume. Bei Wiederbeginn der Kampagne treten die Mälzer, soweit sie sich 14 Tage vor Beginn gemeldet haben, in ihr altes Verhältnis ein. — Der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes deutscher Brauerarbeiter in Düsseldorf wird anerkannt.

Der Vertrag tritt am 15. November 1907 in Kraft.

Die Kollegen können mit dem Erfolg des einstägigen Streiks zufrieden sein; Herr Schneider hatte versucht, mit Hilfe des „Bundes“ den Streik illusorisch zu machen, doch waren keine Streikbrecher auf Lager. Die Mälzereiarbeiter Düsseldorf können sich aber an den Kräfte Kollegen ein Beispiel nehmen. Vereinigt seid ihr eine Macht, gesplunzt ein Spielball in den Händen der Unternehmer, deshalb schließt auch dem Brauerarbeiterverband an.

† **Münster. Erfolgreicher Streik.** Nach einstädtigem Streik am 14. November in der Malzfabrik Geld wurde eine Lohnserhöhung von 1,17 Mk. pro Woche erzielt, außerdem für Ver-

heiratete 1,50 Mk. Wohnungsschädigung pro Woche, ferner Lohnzahlung bei militärischen Übungen bis zu 30 Tagen pro Tag 1 Mark und bei Krankheit die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld.

Korrespondenzen.

Offen. Die Brauer: **Stauder, Altmessen**, bekümmert sich um Dinge, die sie nicht angehen. Zunächst wurden dort zwei Kollegen nach dem Besuch einer Geschäftsversammlung ins Kontor gerufen und von Herrn Stauder gefragt: „Ob sie denn auch im Verbandsrat wären; gute Stellung werde ich in meinem Betriebe erhalten, wenn ihr dem Verband fern bleibt, denn ihr seid die einzigen, worauf ich mich verlassen kann, die andern sind ja doch nur Schuster und Schneider.“ Der eine Kollege, **Dörfler**, ließ sich denn auch frei um den Mund schmeißen und erklärte am anderen Tage seinen Austritt aus dem Verband. So braucht man Dummheit mit ein wenig indirektem Terrorismus vermischt, um die Arbeiter von der gemeinsamen Verteuerung ihrer Interessen abzuhalten. Allerdings ist die Handlungsweise dieser Kollegen noch weit verurteilenswerter. Die Kollegen müssen deshalb um so mehr agitieren, um alle Arbeiter für den Verband zu gewinnen; wir stehen jetzt in der Lohnbewegung, da heißt es alle Kräfte anspannen, um die Organisation auszubauen. Daran soll jeder mitarbeiten.

Hagen. Am 27. Oktober sprach in gutbesuchter Versammlung Gen. Schneider über die moderne Arbeiterbewegung und ihre Erfolge und Leistungen und beleuchtete auch die Tätigkeit der christlichen Arbeiterführer, die ihre Mitglieder in den Streik treiben und sie dann leidend im Stiche lassen. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 700,45 Mk., Ausgabe 290,86 Mk., an die Hauptkasse wurden gezahlt 409,59 Mk. Mitgliederbestand 139 am Schluß des 3. Quartals, Lokalkassenbestand 74,62 Mk. Einigen kühnen Beitragszahlern wurde nahegelegt, ihren Pflichten nachzukommen, der sie sich nicht nur ermahnen sollten, wenn Lohnfragen zur Verapung stehen. Wenn unser Tarif abgetaucht sei, müßte die Organisation gestärkt dastehen, um etwas zu erreichen.

Hamburg. In der Versammlung am 27. Oktober wurden 35 Kollegen aufgenommen. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Gewinne. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 3579,80 Mk., die Ausgaben 1674,37 Mk. An die Hauptkasse wurden 1700 Mark abgeführt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 898,28 Mk., davon eine Ausgabe von 1101,93 Mk. gegenübersteht, mithin ein Defizit von 203,65 Mk. zu verzeichnen ist. **Döllinger** berichtete über die unternommenen Schritte betreffs Anbahnung einer Verhandlung mit dem Versicherungsverband und die Streitigen Punkte: die Bezahlung der Sonntagsarbeit an die Bierfahrer, die Arbeiterauschaffungen nicht nach Feierabend abzuhalten und Abschaffung des Logiszwanges bei den Stallenten, zu regeln. Auch die bei dem letzten Tarifabschluß zurückgebliebenen Punkte: Ablösung des Freibiers und Urlaubsgewährung, sollten bei der Verhandlung mit erledigt werden. Der Versicherungsverband hat es sich dort sehr leicht gemacht, unsere Beschwerden und Anträge abzuhaken. Die ersten drei Punkte sind nach seiner Ansicht von dem Kuratorium geregelt worden, die Freibierablösung sowie Urlaubsgewährung kämen einer neuen Lohnforderung gleich, und wäre dies nach den getroffenen Abmachungen nicht zulässig. Mehrere Redner verurteilten scharf das Verhalten des Versicherungsverbandes, denn die Ablösung des Freibiers und Urlaubsgewährung wurden bei den Tarifverhandlungen zurückgelegt, um während der Vertragsdauer geregelt zu werden. Jetzt versucht man einer Verhandlung auszuweichen. Es wird beschlossen, nochmals um eine Verhandlung nachzusuchen. Ein Kollege berichtete über ein auf der Brauerei **Franzen Witte** sehr beliebtes System, die gelehrten Leute immer mehr zu reduzieren und dafür Hilfsarbeiter einzustellen. Nach dem Streik 1904 waren 14 Brauer dort, während jetzt nur noch 7 beschäftigt werden. Die Handlungsweise wurde als Lohnrückerei bezeichnet, zumal sie von einem Herrn ausgeht, dem sonst viel an der Erhaltung des „Bundes“ gelegen ist.

Hofgegnenberg. Am 27. Oktober sprach Kollege Holzführer in einer von den Kollegen von Hofgegnenberg und Mering besuchten Versammlung über unsere Lohnbewegungen und welche Befreien wir daraus ziehen. Er konnte hierbei konstatieren, daß die abgeschlossenen Tarife in Hofgegnenberg und Mering exakt innegehalten werden. Kollege **Wimmer** forderte die Kollegen auf, angesichts des Kampfes in Augsburg einmütig zusammenzuhalten. Daß die Kollegen dazu entschlossen sind, bewies die Ausnahme von drei Kollegen.

Marktsaale. Am 3. November fand eine stark besuchte Versammlung statt. Kollege **Sig** sprach über die Aufgaben des Geschäftsführers und erorterte lebhaften Beifall. Unter Punkt „Brauerangelegenheiten“ wurde scharf gerügt, daß in einigen Betrieben Kollegen, welche krank waren, entlassen wurden, was aber durch Vorstelligwerden wieder rückgängig gemacht werden konnte. Alle indifferenten Kollegen sollten daraus ersehen, wie notwendig eine gute Organisation ist, und nicht mehr länger zögern, derselben beizutreten.

Raufbeuren. Am 3. November sprach in unserer Versammlung Kollege **Hanselmann-Augsburg** über die Notwendigkeit der Organisation und die Pflicht der Arbeiter, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Zu der sehr lebhaften Diskussion wurde wieder Plage geführt über die Brauerei **Schiff**, wo besonders Herr **Hugo Wacht** bestrebt ist, die bewährtesten Leute, wenn sie in dem Verdacht stehen, mit der Organisation zu sympathisieren, aus dem Geschäft hinauszurufen, und wo die Seelenderfäulerei verschiedene Nachkollegen in vollster Blüte steht. In der Aktienbrauerei besteht eine maßlose Antreiberei und besonders der schon bekannte **Oberbursche Klinge** leistet darin außerordentliches. Das Geschäft wird dabei zum reinsten Taubenschlag, was dem Geschäft gewiß nicht recht förderlich sein kann, wenn fast jeden Tag und jede Woche neue Leute im Geschäft sind. Auch in der **Rosenbrauerei** will man, wie es scheint, der Organisation langsam zu Leibe rücken, indem man bei Neueinstellungen großes Interesse zeigt, möglichst Indifferente hereinzubekommen oder den Beitritt zur Organisation verbietet, was die größte Verzunderung erregt, da diese Brauerei als die humanste in dieser Beziehung gepriesen wurde. Der Referent ermahnte zum gedeihlichen Zusammenarbeiten, die Organisation nach Kräften auszubauen, um auch hier die Löhne den teuren örtlichen Verhältnissen entsprechend verbessern zu können.

Röhrig a. d. Elber. In Röhrig besteht eine alte und weltbekannte Brauerei unter dem langvollen Namen „**Faßl Brauerei, Röhrig**“. Die Brauerei hat sich seit Jahrzehnten einen Ruf erworben durch ihre Spezialbiere, z. B. „**Röhriger Schwarzbier**“ und „**Blume des Elbertals**“. Viele Produkte nehmen ihren Weg durch alle Teile des Reiches und bringen dem Inhaber dieses Betriebes strotzende Gewinne. Selbstverständlich ist nun der Inhaber durch das von seinen Vätern ererbte Vermögen Reserveultraant und steht turmhoch erhaben über dem Arbeitervolk.

Die Verhältnisse der Arbeiter in diesem fürstl. Betriebe sind alles andre nur nicht fürstlich zu nennen. Um ja recht billig produzieren zu können, sind bei circa 34—35 000 Hektoliter Umsatz 25 Arbeiter beschäftigt, und außer den Wüttern alles ungelernete Leute. Ist schon die Zahl der Beschäftigten dem Umsatz entsprechend eine auffaßend geringe, so sind die dort herrschenden Löhne noch niedriger. Die Mehrheit der Arbeiter arbeitet bei 11 stündiger Arbeitszeit für einen Lohn von 65—80 Mk. pro Monat. Nur einige einzelne Personen stehen etwas höher, z. B. die Maschinenisten 100 Mk. und 95 Mk., die Wütcher 83 und 90 Mk. Wie das üblich ist in solchen Betrieben, müssen zu diesen fürstlichen Entlohnungen auch die Dujour am Sonntag und andre Sonntagsarbeiten gratis erledigt werden.

Daß bei solchen Verhältnissen die Arbeiter der Organisation geradezu in die Arme getrieben werden müßten, leuchtet wohl jedem ein, nur dem Inhaber der Brauerei, **Herrn Kurt Biersch**, blieb es unverständlich. Der Herr Leutnant kommandierte seine Leute zusammen und erklärte ihnen, daß er als königlich preussischer Offizier doch keinen „sozialdemokratischen Verband“ in seinem Betriebe dulden könne, sie sollten sich doch lieber andern Organisationen

den christlichen oder den Kirch-Tandern anschließen usw. Trotz dieser zurückgebliebenen Verhältnisse hatten sich von 25 Mann bereits 19 dem Verbands angeschlossen. Herr Fischer hat es durch sein ungeheures Eingreifen dahin gebracht, daß ein großer Teil der Leute aus Furcht zunächst aus der Organisation austrat. Jedenfalls glaubt der Herr Leutnant aber selbst nicht, daß er für alle Zeiten seinen kirchlichen Verbänden erhalten wird. Um uns zu zeigen, daß die Arbeiter keinen Verband - immer nach der Ansicht des Herrn Leutnants - brauchen, ist ihnen der verprochene „schöne“ Lohnzettel jetzt gezeigt worden. Wenn es in die jetzt im Bau begriffene neue Brauerei geht, soll folgender Lohnzettel gelten:

Der Anfangslohn beträgt 17 Mk. pro Woche, nach 1 Jahr 18 Mk., nach 2 Jahren 19 Mk., nach 3 Jahren 19,50 Mk., nach 4 Jahren 20 Mk. und nach 5 Jahren 20,50 Mk. Die Versicherung: Anfangslohn 19 Mk. usw. Dafür werden den Versicherten, die bei den Bräuereien ihren Hausstrich nicht genießen konnten, nicht mehr wie früher 4 Liter a 15 Pf. vergütet, sondern nur noch 2 Liter. Auf diese Art kommen die 2 Mk. schon ziemlich wieder heraus. Die Vorderposten, z. B. 1. Bierfuder, 2. Wässer, 1. Abfasser usw. erhalten den kirchlichen Lohn von 21-23 Mk. pro Woche. Es da nun die brennende Leidenschaft, für jedes Dienstjahr 5 Mk. auch noch in Wegfall kommt, ist noch nicht ersichtlich. Dieses Maximum von 23 Mk. soll auch noch bis 1912 Gültigkeit haben. Jedenfalls heißt den Arbeitern in Zukunft doch nichts anderes übrig, als dem Herrn Leutnant so unangenehm Organisation wieder beizutreten. Die Verhältnisse sind eben stärker als der Wille des einzelnen und wenn dieser einzelne sogar königlich preußischer Leutnant wäre. Jedoch hier zeigt es sich ganz deutlich wieder, wo in Wirklichkeit Terrorismus ausgeübt wird. Oder ist es etwa feiner, wenn die Arbeiter vor die Alternative gestellt werden: Entweder ihr bezichtigt auf euer gesetzlich gewährtestes Recht, das Koalitionsrecht, oder aber wir können nicht mehr zusammenbleiben? Würden die Arbeiter nun mit derartigen Mißzügen begnügen und sagen: So lange wir unser Recht nicht erhalten, so lange fordern wir alle Arbeiter auf, das Bier aus der kirchlichen Brauerei köstlich nicht zu trinken, so würde ein großes Gewicht über den angeblichen Terrorismus der Arbeiterschaft erhoben werden. Die Hüter der Ordnung, Polizei und Staatsanwalt, würden ihres Amtes walten und die Sünden wegen Erpressung, versuchter Erpressung, Beeinträchtigung der freien Willensäußerung, Verurteilung usw. auf die Anklagebank bringen. Wir leben aber in einem Staate der vollendeten Rechtsgarantien, und wenn zwei daselbe tun, so ist es doch nicht daselbe.

Nur um eins ist es schade, daß in der kirchlichen lauter ungelesene Arbeiter beschäftigt sind. Welch herrliches Geld für die Tätigkeit des Bundesbeamten und des Espektanten in Apolda gäbe es doch; hier ließe sich der Apoldaer wieder einmal „hochhalten“. Vielleicht weiß sich der Apoldaer zu helfen, er hat sich in Dornsdorf ja auch zu helfen gewußt, indem er sich rühmte, dort gute „Geschäfte“ gemacht zu haben; denn die Hilfsarbeiter, welche er nicht in den „Bund“ aufnehmen konnte, habe er den gelben Gewerkschaften überwiesen. Ganz logisch nach dem Gange der Entwicklung wäre es jetzt schon, denn nach dem Kampfe in Speier konnte man kurze Zeit darauf sehen, daß der Bundeskönig den neuen Verein begründete. Jetzt hat in Weisenfels eine Differenz stattgefunden, stugs ist der 10000-Mark-Baum zur Nachlese da und tritt die Agitationsberfolge des Braumeisters Pisch an, und gegenwärtig liegt man, daß sich derselbe Mann auch schon in Augsburg bei den Weiben aufhält. Wo Was ist, da sammeln sich die Klagen.

Endwischhafen. Am 20. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Im Geschäftsbericht erinnerte der Vorsitzende an den Tarifabschluß mit der Malzfabrik Strehle; sonst sei das Jahr ein ruhiges gewesen. Nach dem Kassenbericht betrug die Jahreserinnahme 2404,20 Mk., die Ausgabe 821,65 Mk., an die Hauptkasse wurden gefandt 1582,35 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich ca. 300 Mk. Krankunterstützung, 110 Mk. Arbeitslohnunterstützung, 40 Mk. Streikunterstützung. Der Sozialkassenbestand war 582,39 Mk., der Mitgliederbestand derselbe wie im vorigen Jahr. Die Generalversammlung wurde auf Januar verlegt und mit einem Appell zur wirksamen Agitation die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Die Versammlung am 2. November beschäftigte sich hauptsächlich mit den Grenzfreiheiten mit dem Transportarbeiterverband, und wurde besonders das Schreiben des Gauleiters Drechsler geteilt, der trotz eines Beschlusses in einer kombinierten Sitzung mit dem Kartellvorstand, die Streitigkeiten bis auf weiteres einzustellen, in Betriebsversammlungen in geradezu empfindlicher Weise über den Brauerarbeiterverband und den Bezirksleiter Kollegen Unger loszösch, wobei von Wahrheit keine Spur zu finden ist. Kollege Unger sprach sodann über die angeblichen Grenzfreiheiten. Solche gebe es für den Brauerarbeiterverband nicht, denn der habe eine bestimmte und scharf umgrenzte Agitationsgebiet; die Grenzfreiheiten wurden vom Transportarbeiterverband erzeugt, der in unser Agitationsgebiet eingebrochen ist, und durch dessen gefährliche Kampfesweise, wie z. B. auch der Fall Braunschweig zeigt. Die Brauerarbeiter kommen immer mehr zu der Überzeugung, daß durch diese Zerplitterung und die gefährliche Kampfesweise ihre Interessen nicht gefördert werden, und daß sie ihre Organisation im Zentralverband deutscher Brauerarbeiter haben, in dem ihre Interessen von aus dem Verufe hervorgegangenen Angehörigen praktisch und ehrlich vertreten werden. Auf diesem graden Wege kommen wir zum Ziel, und werden auch die Magdeburger Brauerarbeiter dieses Ziel: die Einheitsorganisation der Brauerarbeiter, verwirklichen, wenn jeder Kollege Hand mit anlegt und für unsere Organisation agitiert. Dagegen werden alle Remagogenzustände nichts helfen. Mit tosemem Besatz wurden die Ausführungen des Kollegen Unger begleitet, ein Beweis, daß es den Magdeburger Brauerarbeitern damit Ernst ist, sich die Einheitsorganisation der Brauerarbeiter zu schaffen.

Mürnberg. In unserer Versammlung am 25. November sprach nach Erledigung von 20 Anfragen Kollege Krämer über Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. In großen Zügen besprach er die Entstehung und Entwicklung derselben, ihren jetzigen Stand sowie ihre Beziehungen, damit abschließend, daß die Unternehmer sich weder von politischen noch von religiösen Momenten in ihrer Organisationsbestrebungen beeinflussen lassen, daß sie gegenüber der Arbeiterschaft einig seien. Weiter führte er aus, daß ein modern organisierter Arbeiter mit dem Arbeitgeber allein seine Pflicht noch nicht erfüllt hätte, daß jeder für den Verband einzutreten habe, damit die bis jetzt noch unorganisierten 105 Brauerarbeiter Münbergs der Organisation zugeführt würden, daß jeder die Arbeiterpresse, die „Frankische Tagespost“ abonnieren müsse, und daß auch die oft kleinlichen persönlichen Streitigkeiten der Mitglieder untereinander unterbleiben müssten. Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde beschlossen, daß als Zeichen des Einverständnisses mit der Taktik der Organisationsleitung anlässlich des gegenwärtigen Kampfes in Augsburg jeder Brauer, Bierführer, Wänter, Malchmeister und Handwerker 4 Extramarke von 50 Pf. zu lösen habe, während die mit unter 28 Mk. Lohn 2 Marken zu entnehmen haben.

Den Bericht über die stattgefundene gemeinsame Lohnkommissions-sitzung gab Wisgial. Es wurde die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft die bestehenden Tarifverträge nach den in der gemeinsamen Sitzung gegebenen Intentionen ausgelegt werden. — Eine erfolgte Erlaubnis in der Zuckerbrauerei mußte nach den gegebenen Begleitumständen als berechtigt anerkannt werden, während die Beschwerde der Feiger dem Vorstand zur Weiterverfolgung überwiesen wurde. — Nachdem die Kommission der Arbeitgeber die Wahl sowie Anerkennung der Arbeiterausschüsse als wünschenswert bezeichnet, soll ein solcher in der Brauerei Reif neugewählt werden. — Eine veranstaltete Sammlung für einen arbeitslosen Kollegen ergab eine Summe von 13 Mk.

Schringens. Am 27. Oktober wurde seitens der Zahlstelle Heilbronn der Versuch gemacht, die hiesigen Kollegen für den Verband zu gewinnen. Der Einladung hatten die Hälfte der Kollegen, desgleichen auch einige der Umgebung Folge geleistet. Nach einem Referat über die Notwendigkeit der Organisation wurden die Wohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte erörtert. Hierbei wurden keine erfreulichen Zustände zutage gefördert. Die tägliche Arbeitszeit beträgt

12 Stunden. Ueberzettelarbeit wird nicht vergütet. Die Sonntagsarbeit dauert in der Regel 3-5 Stunden ohne Vergütung. In einem Betriebe ist es schon vorgekommen, daß Sonntags aus- und eingewechselt wurde; es ist dies die Brauerei Waber. Der Lohn schwankt zwischen 40 und 50 Mark monatlich bei freier Kost und Logis. Alle nichtorganisierten anmeldenden Kollegen liegen sich in unsere Organisation aufnehmen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch die übrigen Kollegen ihrer Lage bewusst würden und sich alsdann der Organisation anschließen würden, um auch hier bessere Zustände herbeizuführen.

Passau. In der Versammlung am 7. November sprach Gauleiter Schrems über Kündigungswesen und Gewerbeordnung. Er erläuterte die §§ 122, 123 und 124, wo manchesmal die Arbeiter im unklaren sind, wenn einer entlassen wird und der Unternehmer sagt: er könne sofort gehen usw. Schrems wies auch darauf hin, daß die Arbeiter, sofern sie organisiert sind, nicht glauben sollen, daß sie tun können, was sie wollen. Dies ist verkehrt. Der organisierte Arbeiter soll das Kaushe einmal abwerfen, sich mehr und mehr bilden, denn Bildung macht frei! Bedauerlich ist es, daß auch die Kollegen manchmal ihre Pflicht nicht erfüllen, und dieses führt dazu, daß immer wieder Differenzen entstehen. In der Diskussion kam die Entlassung der beiden Bierführer der Stadtbrauerei zur Sprache. Wie es scheint, will nun Herr Stadtbauer aus seiner Brauerei einen Tarbenhölzler machen. Herr Stadtbauer soll gelangt haben, er will noch alle organisierten Arbeiter hinausjagen. Dies wird er sich wohl noch überlegen. Die Kollegen in Passau sollen nicht nachlassen und immer neue Mitglieder werden, dann ist es eben unmöglich, daß Herr Stadtbauer die Organisierten hinausjagen kann. Herr Direktor Stadtbauer versicherte aber selbst, daß den organisierten Arbeitern nichts in den Weg gelegt wird und die Koalitionsfreiheit den Arbeitern gewahrt bleibt. Schrems ermahnte die Kollegen, auszuhalten in der Organisation. Sollten Opfer gebracht werden, so müßten wir uns damit abfinden; ohne Opfer kein Kampf. Die Mitgliederzahl in Passau hat bedeutend zugenommen, die Versammlung brachte wieder vier Mann.

Mendtsburg. Terrorismus. In Mendtsburg waren die Mehrzahl der Kollegen dem Verband beigetreten. Nach acht Tagen erfuhr es der Braumeister, daß ging der Krach los. Jedem einzelnen kuetete er aufs Gewissen, verkürzte die Arbeitszeit, gab eine kleine Wohnung und jeder einzelne mußte sich verpflichten, dem Verbands nicht wieder beizutreten. Es zeigt sich auch hier wieder, daß nur durch die Organisation die Verhältnisse der Arbeiter gebessert werden, denn ohne den Beitritt zum Verband hätten die Kollegen noch lange auch auf diese geringfügigen Verbesserungen warten können; es zeigt sich aber auch hier, wo die Terroristen zu suchen sind, denen allerdings das Handwerk gelegt werden kann, wenn die Kollegen Mächtig genug besitzen und nicht für ein Dinsengericht ihr Koalitionsrecht verkaufen. Dann würden sie auch mehr erzielen als ein solches Unwien.

Sitzwedel. Am 10. November fand unsere gutbesuchte Versammlung statt. Kollege Blank forderte im Kartellbericht auf, die Arbeiterpresse „Volkstimme“ mehr zu abonnieren, da ja nur diese die Arbeiterinteressen vertritt. Den Augsburg Kollegen sprach die Versammlung volle Sympathie aus, und wurde auch gleich mit der Einschickung von Extrabeiträgen begonnen, woran sich die Kollegen gut beteiligten. Ueber die Behandlung in der Verglöshbrauerei entpauerte sich eine lebhaftes Debatte. Man kann es immer noch nicht lassen, die organisierten Leute aus dem Betriebe zu bringen und zu schikanieren, wo es geht. Es wurde beschlossen, abzuwarten, wie die Betriebsleitung sich in Zukunft gegen organisierte Arbeiter verhält, da es uns verprochen wurde, in Zukunft anders zu handeln.

Stettin. Ein Verbandsstreifer. Seit die Arbeiter der Firma Ledebere dem Brauerarbeiter-Verband beigetreten sind, glaubt der Hofinspektor Doleger berechtigt zu sein, ihnen das Leben so schwer wie möglich machen zu dürfen. Nebenarten, wie „den Verband aus dem Kopf treiben“, sind bei ihm keine Seltenheit. Die Hofarbeiten werden jetzt von weniger Leuten als früher ausgeführt, und diese wenigen werden bis zum alleräußersten angeknien. Vor mehreren Wochen fiel dem Hofinspektor ein Stück Holz auf den Kopf und muß man wohl angenommen haben, daß dabei eine Wöcht eines Arbeiters vorgelegen habe, denn seitens der Firma wurde eine Belohnung von 100 Mark für die Ermittlung des „Täters“ ausgesetzt, der aber bis jetzt noch nicht entdeckt ist, weil er nicht existiert. Die Arbeiter der Firma müßen aus obigem den Schluß ziehen, daß es notwendig ist, daß sich alle einmütig organisieren müssen, denn nur die Organisation vermag auch in jenem Betriebe Remedur zu schaffen.

Trebnitz i. Schl. Herr Kühn hat geklagt. Die Brauerarbeiter der Brauerei Kühn hatten sich im Dezember 1906 dem Verbands angeschlossen. Sie taten damit daselbe, was ihr Arbeitgeber schon längst getan; er ist auch organisierter. Durch die Behandlung des Braumeisters waren schon einige Kollegen kopfschmerz geworden und hatten der Organisation den Rücken gekehrt, und als Herr Kühn einige Forderungen seitens des Verbandes unterbreitet wurden, da kam der „Herr im Hause“ zum Vorschein. Die erbetene Verhandlung mit Verbandsvertretern wurde brüsk abgelehnt, die vermeintlichen Mädelstührer aufs Straßenspaltler gesetzt, unbekümmert der so schon darbeiden Familie.

Ein Mitte März verbreitetes Flugblatt des Kollegen Wadert hatte den Zweck, die traurigen Arbeitsverhältnisse in der Kühnschen Brauerei dem hierinfindenden Publikum vor Augen zu führen, den um bessere Arbeitsbedingungen ringenden Arbeitern Sympathie zu verschaffen. Der erste Zweck war wohl erreicht: Herr Kühn unzustimmen und um eine Kleinigkeit seine Arbeiter aufzubessern. Aber Wadert sollte dafür büßen, daß er sich um Sachen gekümmert, die ihn nach Kühns Ansicht nichts angingen. Herr Kühn verklagte ihn wegen Verleumdung.

Am 29. Oktober war Termin. Mit erdrückenden Beweisen der Zeugen beider Parteien wurde der Inhalt des Flugblattes Punkt für Punkt bekräftigt, von den gemachten Angaben wurde keine widerlegt, im Gegenteile bemerkte der Vorsitzende des Gerichtshofs u. a. bezüglich des Wertes für den Diensthabenden in der Brauerei, daß daselbe ja noch besser im Geschäftslife in Ordnung sei, da dort bei jedem Gefangenwechsel frischer Ueberzug verwendet wird, und bei Kühn laum alle hohen Feiertage es für nötig befunden wurde, die Bettmische zu wechseln, trotzdem alle acht Tage eine andre Person verpflichtet war, sich in daselbe Bett zu legen. Jetzt ist es ja ebenfalls besser geworden. Einer herden Kritik wurde ebenfalls die Handlungsweise des Braumeisters der Brauerei Kühn seinen Untergebenen gegenüber unterzogen. Herr Kühn war nicht imstande, dies zu widerlegen. Betreffs der unbegleiteten Sonntagsarbeit und des Bierfahrens am Sonntag machte der Vorsitzende selbst Herrn Kühn darauf aufmerksam, daß doch die Polizeiverordnung allein schon das Bierfahren und Gefäßfahren verbiete und Herr Kühn sich schon dadurch einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe.

Das Gericht sprach Kollegen Wadert frei und übertrug die Kosten der Staatskasse. Die Brauerarbeiter der Kühnschen Brauerei aber werden eingelehen haben, daß nur die Organisation ihre Interessen vertritt.

Wolfsenbittel. Undank ist der Welt Lohn. Nachdem die Organisation wesentliche Verbesserungen auf dem Wolfsenbittel Brauhaus geschaffen hatte, fühlen sich Unorganisierte zu Dank verpflichtet. Durch stetige Bevorzugung seitens der Brauerleitung fühlten sie sich zu sicher und sie vertieften sich schließlich zu weit, handgreiflich zu werden. Der Arbeiter Sjarotta ging sogar mit Werdwerkzeug: Messer, Hammer u. dergl. den Kollegen zu Leibe. Der Braumeister wurde hier von Kenntnis geleitet, hatte aber nichts dagegen getan. Es blieb uns nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen. Die Mitgliederversammlung am 3. November hatte sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Um des Lebens sicher zu sein, zu verhalten, daß nicht ein oder der andre rücklings von solchem Menschen an seiner Gesundheit geschädigt wird, wurde der Beschluß gefaßt, mit dem S. nicht weiter arbeiten zu wollen. Dieses wurde der Direktion schriftlich mitgeteilt.

Gleich nach Eingang des Schreibens lief der Braumeister zwei Kollegen ins Kontor, hielt ihnen das Schriftstück vor, und war nicht wenig entrüstet über so ein Verlangen. Die Kollegen bekräftigten nochmals den vollen Ernst der Angelegenheit und gingen wieder an ihre Arbeit. Am Nachmittag wurden sie nochmals gerufen, wo ihnen der Vorschlag gemacht wurde, sich im guten zu einigen, und daß der S. Abbitte leistet. Der Betreffende hatte aber schon einmal wegen solchen Sachen Abbitte geleistet. Darauf wurde diesmal nicht eingegangen. Die Kommission, die die Sache zu erledigen hatte, ließ der Direktion mitteilen, daß sie ihren Beschluß aufrecht hält und binnen 24 Stunden ihn erledigt wissen will. Sofort nach Mitteilung dessen mußte der Prügelfeld ins Kontor kommen und wurde entlassen.

Die andern Unorganisierten wurden nachdem einzeln ins Kontor gerufen. Ob sie zur Verträglichkeit oder bergleichen ermahnt worden sind, wissen wir nicht. Oder liegt ein Streich vor? Denn es wird gemunkelt: Man weiß noch nicht, wie's kommt. Jedenfalls haben wir nichts zu befürchten und werden mit derselben Energie jede Ver-gewaltigung abparieren.

Rundschau.

— **Unchristlicher Schwundel.** Die „Gewerkschafts-timme“ berichtet in Nr. 45 über ein „sachliches“ Referat des Herrn Thomas-Mannheim, das derselbe in Frankenthal hielt und worin er folgendes sagte:

„Der dritte und schlimmste Feind der Arbeiterorganisationen seien aber unteugbar die sozialdemokratischen Gewerkschaften und deren Führer, die durch ihr unheimliches Verhalten andersdenkenden Arbeitern gegenüber beweisen, daß ihnen an einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nichts liegt. Hiermit ist ja bewiesen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Führer Feinde einer jeden Bewegung, die sich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu eigen gemacht habe, sind.“

Wie die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften Feinde der Arbeiterorganisationen sein können, wo sie doch selbst solche sind, bleibt wohl Geheimnis des Herrn Thomas. Aber es scheint uns, daß man einen „christlichen“ Arbeiterführer in Zukunft nur noch daran erkennen kann, daß er allemal das Gegenteil von der Wahrheit sagt. Denn in Wahrheit haben die freien — nach Herrn Thomas sozialdemokratischen — Gewerkschaften z. B. im Jahre 1906 für die Arbeiterkraft folgendes erzielt:

Im Arbeitszeiterfassung für 339 469 Personen 1248 119 Stunden pro Woche; an Lohnerhöhung für 601 703 Personen 1 200 736 Mark pro Woche.

Aber Herr Thomas, der für die christlichen Gewerkschaften nichts derartiges aufweisen kann, schließt aus dem obigen Ergebnis die Feindschaft jeder Bewegung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Armer, unchristlicher Mann!

— **Vom „guten Einvernehmen“.** Nach 17jähriger Tätigkeit in der Stadtbrauerei Jena wurde der Bier-fahrer Hermann Reich am Dienstag, dem 8. Oktober, plötzlich entlassen. Wenn in einem unter „liberaler“ städtischer Leitung stehendem Betrieb so etwas geschieht, dann muß der Kollege doch schon schweres hegungen haben, wird man annehmen. Nicht von alledem: in seinem Zeugnis wird ihm sogar noch Zufriedenheit mit seiner Arbeit während dieser Zeit attestiert. Die Entlassung erfolgte aus folgendem Grunde: Reich hatte seinen Urlaub am Montag, dem 30. September, angetreten und war der Meinung, daß er sich bis inkl. Montag, den 7. Oktober, erholen könne, wie dies andre Arbeiter vor ihm ebenfalls getan haben. Am Montag-abend wollte er im Kreise seiner Familie seinen 42. Geburtstag feiern und am Dienstagmorgen sich wieder dem Betrieb zur Verfügung stellen. Da wurde ihm vom Braumeister, der sich ja auch schon bei früheren Anlässen sehr „arbeiterfreundlich“ gezeigt hat, das Geburtstagsprämiem in Gestalt sofortiger Entlassung ausgestellt, angeblich weil er in seinem Urlaub den Urlaub um einen Tag überschritten hatte. Das ist also ein Grund, einen 17 Jahre zur Zufriedenheit tätigen Arbeiter auf das Pfahler zu legen und noch dazu in einem unter städtischer Leitung stehenden Betrieb.

Reich beschwerte sich beim Oberbürgermeister Singer, der ihm aber nur empfahl, dem Braumeister „ein gutes Wort“ zu geben, anstatt seine Entstellung zu fordern. Reich, der sich frei von Schuld fühlte, verzichtete darauf, beim Braumeister zu betteln, und so blieb er entlassen, der die besten Mannesjahre dem Betriebe geopfert hat. Er mag nun wohl etwas erlittener darüber nachdenken, was es mit diesem „guten Einvernehmen“ auf sich hat, das heuchlerische Menschen dem Arbeiter einreden möchten, und wird nun wohl auch einsehen, wie unrecht er getan hat, sich seiner Organisation, dem Brauerarbeiterverbande, fernzuhalten.

Für die Brauerarbeiter, und besonders auch die in der Stadtbrauerei Jena, ist dieser Fall wieder Beweis, daß sie sich ohne Unter-schied dem Verband anschließen müssen, dann würden dem Herrn Braumeister solche „arbeiterfreundliche“ Handlungen schnell abgewöhnt werden können.

— **Ein Arbeiterbudget.** Das Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar, wie es von Stadtrat Heller in der letzten Sitzung des Gemeinderats vorgetragen und sein äußerlich im Wege der Ver-zweckfältigung im Gemeinderatssaale verteilt wurde, ist gewiß wert, auch bei unsern Kollegen bekannt zu werden. Der gute Mann will durch-aus damit nicht sagen, daß mit den darin gehaltenen Sätzen eine Familie auskommen led. Er erklärte selbst, daß es kein Schrei sein solle, vielmehr habe er die Aufstellung gemacht, um zu beweisen, daß eine mäßige Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter angebracht sei. Doch lassen wir den Herrn Stadtrat selbst sprechen und schreiben:

Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar,
die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Es wird ange-nommen, daß der Mann das ganze Jahr hindurch Arbeit hat und dafür 3 Mk. pro Tag, beziehentlich 18 Mk. pro Woche Lohn erhält. Die Frau beschäftigt sich mit Aufwartungen und bezieht dafür 12 Mk. pro Monat. Der Verdienst der Familie beläuft sich also auf 52 mal 18 = 937 Mk. und 12 mal 12 = 144 Mk., in Summa auf 1080 Mk.
Der Aufwand wird sich pro Tag folgendermaßen stellen:
Frühkaffee: 5 mal 2 Pf. Semmel: 10 Pf., 100 Gramm Kaffee 10 Pf., Milch 5 Pf., zusammen 25 Pf.
Frühstück: 5 mal 5 Pf. Brot: 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Butter oder Fett: 25 Pf., zusammen 50 Pf.
Mittagbrot: 2 Suppen mit Fleisch a 18 Pf.: 36 Pf., 3 Suppen ohne Fleisch, a 9 Pf.: 27 Pf., Brot: 10 Pf., zusammen 73 Pf. Im Selbstbereitungsfalle des Mittagbrot 1/2 Pfund Fleisch mit Reis, Graupen oder Gemüse.
Nachmittagskaffee: Weiper ausgeschlossen. 10 Pf.
Abendbrot: 5 mal 5 Pf. Brot: 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Butat, in Butter, Käse, Wurst oder Suppe und Kartoffeln bestehend: 25 Pf., zusammen 50 Pf.
Miete: 120 Mk. pro Jahr, täglich 33 Pf.
Schulgeld für 2 Kinder einschließlich der Bücher: 14,60 Mk. pro Tag 4 Pf.
Wäsche, Kleider, Schuhe: 90 Mk. pro Jahr, täglich 25 Pf.
Kranken- und Invalidenrentenbeiträge: 9 Mk. die Frau und 12,90 Mk. der Mann, täglich 6 Pf.
Licht und Heizung: in 5 Monaten 20 Mk., täglich 6 Pf.
Ein Glas Bier pro Tag: 13 Pf., pro Jahr 47,25 Mk.
Steuern und Tagesblatt: 3,25 Mk. pro Jahr, täglich 1 Pf.
Aufwand pro Tag 2,96 Mk. mal 365 = 1080 Mark und 40 Pfennig.
Der Herr Stadtrat rechnet also in seinem Wohlwollen gegenüber den städtischen Arbeitern immer noch ein Defizit von 40 Pf. pro Jahr heraus. Nur stimmt aber die ganze Aufmachung noch nicht. Kaffee pro Pfund für 50 Pf. gibt's einfach nicht. Die Steuern für

Staat und Gemeinde belaufen sich allein schon auf 18 Mt. in der Stadt Weimar, bei dem zugrunde gelegten Einkommen. Ein Logis für 120 Mt. ist dem fünf Personen launieren sollen, gibt's in Weimar nicht. Und so geht es weiter. Die ganze Aufmachung beweist, daß diese große feine Klasse Wohnung von den wirtschaftlichen Verhältnissen haben. Können die Arbeiter auf Grund einer solchen Aufstellung mit Wohnverordnungen, dann bringt ihnen gerade aus jenen Kreisen entgegen, daß sie unerfüllbare Forderungen aufstellen, und daß nur die Verantwortlichkeit der Arbeiter an ihrer Unzufriedenheit die Schuld trage. Nun hat sich einmal ein Stadtrat die Mühe gegeben, auszurechnen, wie eine Arbeiterfamilie leben muß, und — die ganze schöne Rechnung stimmt nicht. Denn ein großer Teil der Arbeiter verdient nicht einmal 1000 Mt., und — eine ganze Anzahl notwendiger Ausgaben sind gar nicht berücksichtigt worden. Ein Bild des Elends, wie es bisher nicht gut gemalt werden kann.

Unsere „Leure“ Ormat. Ein Engländer, der dieses Jahr im Schwarzwald und im Mittelteil der Rheinindustrie, in Hornberg, weilte, hat sich nachträglich die Mühe genommen, die Detailverkaufspreise verschiedener Lebensmittel in Hornberg mit jenen einer Londoner Vorstadt zu vergleichen. Mittels vieler Kreuz- und Querfragen erhielt er folgende kleine Tabelle, die er jetzt in einem Londoner Blatt veröffentlichte: London. Hornberg.

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Fleisch 80 Pf. u. mehr d. Pfd., Brot 40 Pf., 4 Pfd., Butter 1 Mt. und mehr, Zucker 18 bis 21 Pf., Eier 8 Pf. das Stück, Milch 16 Pf. pro Liter, Salz 2 Pf., Mehl 20 Pf. pro Pfd., Kaffee 1,32 Mt. u. mehr d. Pfd., 90 Pf. und mehr das Pfd., 50 Pf. 3/4 Pfd., 1,17 Mt. und auswärts, 28 Pf., 8 Pf. das St. je nach Größe, 12 Pf. pro Liter, 10 Pf., 24 Pf., 1,16 Mt. und mehr das Pfd.

Der Engländer fügt hinzu: „Man sieht also, daß mit geringen Ausnahmen alle Lebensmittel (wie sie gewöhnlich von der gleichen Klasse verbraucht werden) in Hornberg teurer sind als in London. ... Schwer Arbeit, verhältnismäßig bescheidene Entlohnung und zugleich eine Lebensweise, die kräftlich gemacht werden muß — das sind die Folgen einer Junker- und Schutzpolitik des Imperialismus in Deutschland, wie auch in andern Ländern.“ Aber darunter fühlen sich ja leider selbst noch so viele deutsche Arbeiter wohl!

Warnung vor Krankenkassen. Die „Brandenburgerische Krankenkasse zu Berlin“, Geschäftsführer zur Zeit Insalidenkrasse 129, 2. St., wird vom Berliner Polizeipräsidenten als nicht lebensfähig erklärt. Also aufgepaßt!

Das Wort „Raucher“ eine Verurteilung! Vor dem Schöffengericht Kulmbach stand Kollege A. Reuter unter der Anklage, gegen zwei nützliche Elemente eine Verurteilung verübt zu haben. Die so schwer Getränkten waren die Arbeitswilligen Knorr und Schülein. Den ersten hatte Reuter einen Streichhölzer, den letztern einen „Raucher“ genannt. Knorr, der zurzeit eine längere Freiheitsstrafe abzumachen hat, wurde in Wasserleitung dem Gericht vorgeführt, um zu belunden, wie schwer er durch das Wort Streichhölzer beleidigt ist. Der andere Kronzeuge Schülein wurde von dem Amtsrichter Frohnauer gefragt, ob er in dem Wort „Raucher“ eine Verurteilung erblicke. Das bejahte er. Darauf wurde der Angeklagte zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt!

Ein Fliegenstich ein Betriebsunfall. Der Tischler Schenkerlein hatte sich während der Mittagspause in der Leimlampe einer Fabrik in Gera, in der er beschäftigt war, schlafen gelegt. Während des Schlafs fiel ihm eine Fliege, die wahrscheinlich auf dem Leim giftige Stoffe eingelegen und diese durch den Stich auf den Tischler übertragen hatte. Schenkerlein starb an den Folgen des Stiches. Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft lehnte den Schadenersatz der Witwe ab, da kein Betriebsunfall vorliege. Das Schöffengericht für Arbeitervermittlung in Gera entschied in seiner letzten Sitzung aber zugunsten der Witwe, da anzunehmen sei, daß auf dem Leim — also in der Betriebsstätte — sich giftige Pilze gebildet hatten und auf den Verstorbenen durch die Fliege übertragen seien. Mithin lag eine gegen die Gefahr eines giftigen Stiches außerhalb des Betriebs erhöhte, durch die Eigenartigkeit des Betriebs verursachte Gefahr vor.

Tarifverträge in Schweden. Im 1. Quartal 1907 sind nach Zusammenstellung der dortigen arbeitsstatistischen Abteilung des Statistikkollegiums 134 Verträge für 515 Unternehmer mit 13 986 Arbeitern abgeschlossen, davon noch Arbeitereinstellung 32 Verträge für 54 Unternehmer und 1932 Arbeiter, und ohne Arbeitereinstellung 102 Verträge für 461 Unternehmer und 12 054 Arbeiter. Auf die Holz- und Genußmittel-Industrie entfielen 19 Verträge für 59 Unternehmer und 566 Arbeiter.

Porto für Drucksachen und Geschäftspapiere im Ortsverkehr. Nach der am 1. Juli 1906 erfolgten Aufhebung der ermäßigten Portofreie kostete das Porto für Drucksachen im Gewicht von 100—250 Gramm im Orts- und Nachbarortverkehr 10 Pf., während das Porto für einen verschlossenen Brief im Gewicht bis zu 250 Gramm nur 5 Pf. kostete. Auf Grund dessen wurden denn auch im Ortsverkehr Drucksachen bis zu 250 Gramm in verschlossenen Briefen verschickt. Der Staatssekretär hat nun, auf dieses Kuriosum aufmerksam gemacht, die Postanstalten angewiesen, im Orts- und Nachbarortverkehr bei Drucksachensendungen im Gewicht von mehr als 100—250 Gramm und Geschäftspapieren bis zum Gewicht von 250 Gramm in denjenigen Fällen, in denen diese Sendungen nach der Briefstange (5 Pf.) frankiert, jedoch nicht postfähig verschlossen sind, bis auf weiteres über die offene Verpackung und die Bezeichnung „Drucksache“ hinwegzusehen, sowie von der Nachfragung Abstand zu nehmen.

Berichtigungen.

In der „Gewerkschaftlichen Monatsrevue“ (Oktober) in voriger Nummer (46) der „Brauerarbeiter-Zeitung“ muß es, wie der Leser schon selbst herausgefunden haben wird, an betreffender Stelle heißen: „Der Antimilitarismus ist keine Sache der Gewerkschaften usw.“ In Nr. 45 ist zu dem Artikel „Christen in der Praxis“ zu berichtigen, daß die dort geschilderten Vorgänge sich auf die Brauerei A. Hartmann in Schweinfurt, nicht Augsburg beziehen.

Abrechnung über den Streit in der Malzfabrik Schöna (Sächsischer Schweiz) (Zahlstelle Dresden)

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Einnahme: Von den laufenden Beiträgen verwendet (3. Quartal) 260,75 Mt., Summa 260,75 Mt. Ausgabe: Unterstützung an die streikenden Kollegen 179,20 Mt., Für Fortschaffung Zugereister 68,50 Mt., Für Fernhaltung des Zuguges 21,—, Für Porto und Schreibmaterial 4,05 Mt., Summa 260,75 Mt. Bilanz: Einnahme 260,75 Mt., Ausgabe 260,75 Mt., Bleibt Bestand — Mt. Dresden, den 31. Oktober 1907. Albert Bolster. Fr. Grimm.

Abrechnung über den Zustand in der Brauerei Pechling in Moos (Niederbayern) (Zahlstelle München)

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Einnahme: Von den laufenden Beiträgen verwendet (3. Quartal) 57,55 Mt., Summa 57,55 Mt. Ausgabe: Unterstützung für die streikenden Kollegen 24,— Mt., Für Fortschaffung der Zugereisten 12,—, Fernhaltung des Zuguges 12,—, Porto und Telegramme 9,55 Mt., Summa 57,55 Mt. Bilanz: Einnahme 57,55 Mt., Ausgabe 57,55 Mt., Bleibt Bestand — Mt. München, den 15. Oktober 1907. A. Jakob, Geschäftsführer.

Abrechnung über die Aussperrung in den Brauereien in Waging (Zahlstelle München)

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Einnahme: Von den laufenden Beiträgen verwendet (3. Quartal 1907) 153,70 Mt., Summa 153,70 Mt. Ausgabe: Unterstützung an die ausgesperrten Kollegen 49,50 Mt., An abgereichte Ausgesperrte 58,80 Mt., Für Fortschaffung Zugereister 11,—, Für Flugblätter und Annoncen 29,—, Für Porto und Schreibmaterial 5,40 Mt., Summa 153,70 Mt. Bilanz: Einnahme 153,70 Mt., Ausgabe 153,70 Mt., Bleibt Bestand — Mt. München, den 12. September 1907. Andreas Jakob, Geschäftsführer.

Abrechnung über die Aussperrung in der Brauerei F. Seidler in Weihenfeld (Zahlstelle Leipzig)

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Einnahme: Aus den laufenden Beiträgen verwendet (3. Quartal) 701,78 Mt., Summa 701,78 Mt. Ausgabe: Unterstützung an Ausgesperrte 109,70 Mt., Für Flugblätter und Annoncen 233,35 Mt., Für Jahrgelder und Wirtschaftskontrolle 295,80 Mt., Für Porto und Schreibmaterial 3,—, Sonstige Ausgaben 49,93 Mt., Summa 701,78 Mt. Bilanz: Einnahme 701,78 Mt., Ausgabe 701,78 Mt., Bleibt Bestand — Mt. Leipzig, den 24. Oktober 1907. Für die Richtigkeit zeichnen: E. Amborn, B. Reil, S. Kleinenhagen, E. Rathes.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro Münzstr. 5, III., Hannover. — Fernspr. Nr. 5830

Vom 11. bis zum 17. November gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Rüchli 2,25, Nürnberg 800,—, Einbe 335,19, Heidelberg 289,16, Göttingen 52,82, Reine 34,95, Magdeburg 77,74, Salzweil 18,50, Klausal 12,30, Neuhaldensleben 22,83, Graudenz 20,25, Witten (Ruhr) 130,20, Nürnberg 11,70, Karlsruhe 10,—, Konstanz 139,42, Meissen 346,10, Valen 50,—, Mainz 450,—, Jöhoe 1,15, Meignitz 192,75, Schwiebus 0,16, Forst (Sachsen) 0,09, Karlsruhe 1741,92, Rudolstadt 113,03, Berlin 9,—, Gmund 84,16.

Für Zuzerale ging ein: Hensburg 2,10, Schwennungen 2,80, Mainz 2,10, Berlin 2,10, Berlin 4,20, Halberstadt 1,60, Magdeburg 2,10, Halberstadt 2,10, Kassel 2,10, Groß-Lichterfelde 2,10, Klausal 4,20, Freiburg 8,40, Paderberg 27,80, Dresden 3,30, Speier 2,10, Waldshut 3,—.

Für Abonnements ging ein: Reg 0,80, Sektion Winterthur 24,93, Sektion Freiburg 11,20, Egoisbad 2,70.

Extrabeiträge sind eingekauft: Oldenburg 13,—. Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingekauft: Reine, Neustadt, Neuhaldensleben, Einbe, Graudenz, Konstantz, Arnstadt, Heidelberg, Rudolstadt und Meissen. Material ist abgefand: Landshut 20 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 45 Pf., Kulmbach 10 000 Marken a 45 Pf., Heilbronn 3000 Marken a 45 Pf., Burg 400 Marken a 45 Pf., Waren 400 Marken a 45 Pf., Halle 40 Mitgliedsbücher, Erlangen 30 Mitgliedsbücher und 2000 Marken a 45 Pf., Arnstadt 800 Marken a 45 Pf., Reine 200 Marken a 45 Pf., München 50 000 Marken a 45 Pf.

* Fragebogen gingen ein vom 3. bis 14. November aus: Bugteude, Chemnitz, Bayreuth, Berlin, Kaufbeuren, Osterode a. S., Nürnberg, Forst, Heidelberg, Hameln, Poitzbus, Rathenow, Mühlhausen (Sf.), Mühlhausen, Frankfurt a. M., München, Neustadt a. O., Speier, Bismar, Hamburg, Eisenach, Wittenberge, Kempton, Verdurg, Rosenheim. Von rund 100 Urten liegen die Fragebogen noch aus. In der Annahme, daß diese zum Teil verloren oder unbrauchbar geworden sind, werden den rückständigen Zahlstellen nochmals solche zugesandt. Alle diejenigen Zahlstellen, die bis einschließl. 25. November die Fragebogen nicht eingekauft haben, werden in nächster Nummer der „Brauerarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben.

* Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch von Johann Fassold, Nr. 8952. Dasselbe ist beim Vorzeigen anzufahren und an den Hauptvorstand einzuliefern.

* Donaufängeln. Vertrauensmann ist Kollege J. M. H. r l, Dürckheimstraße 336.

* Eberswalde. Vorsitzender Ernst Schmalzer, Eisenbahnstraße 30 l r.

* Grevesmühlen i. M. Vertrauensmann ist H. B. h r i n g, Hinterstraße 2.

* Jngolstadt. Alle Zuschriften sind an Kollegen Peter Lang, Schleifmühle 38, zu richten.

* Segeberg. Vorsitzender ist G. Westphal, Bürgerliches Brauhaus.

Veranstaltungen.

- München. Sonntag, 24. November, vormittags 11 Uhr, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung. Sonntag, den 1. Dezember, 2 Uhr, Vertrauensmännerversammlung bei O. Ben. Unorganisierte mitbringen!
Wernburg. Sonnabend, 23. November, 8 1/2 Uhr, im „Alten Brangel“.
Wurgsal. Sonnabend, 23. November, 8 Uhr, im Gasthaus Einhorn, Holzmarkt 15. Referent: Kollege Hilz, Karlsruhe. Unorganisierte mitbringen!
Wurg u. M. Donnerstag, 28. November, 8 1/2 Uhr, bei D. Holzmann, Herdterstraße 33.
Eberfeld. Sonntag, 1. Dezember, 4 Uhr, im Volkshaus. Lohnarbeit der Flachweberarbeiter.
Gum i. W. Sonntag, 1. Dezember, 2 Uhr, im Lokale H. D. n e r, Königstraße 34.
Hamburg. Sonntag, 24. November, 2 1/2 Uhr, bei Horn, Hohe Weiden.
Koburg. Sonntag, 24. November, 2 Uhr, in der „Neuen Welt“.
Heizen. Sonntag, 24. November, bei Kopmann.
Wanne. Sonntag, 24. November, bei Homburg, Schulstraße.
Weiden. Sonntag, 24. November, nachmittags 3 Uhr, in der „Neuen Welt“. Unorganisierte mitbringen!

Vergnügungsanzeigen.

- Berlin i. Sonnabend, den 23. November, 21. Stiftungsfest in den Festhallen der Brauerei Könnigstadt. Anfang 8 1/2 Uhr.
Frankfurt a. M. Sonnabend, den 30. November 1907, abends 8 Uhr, findet in den Räumen des Gewerkschaftshauses unter 18. Stiftungsfest statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Nürnberg. Gesangsverein Gambrius hält am Sonntag, dem 8. Dezember 1907, im großen Saale des „Sächsischen Hofes“ (Neuer) seinen alljährlichen großen Familienabend ab, hierzu sind unsere passiven Mitglieder sowie die Brauereiarbeiterchaft Nürnbergs und Umgebung freundlichst eingeladen. Saalöffnung 5 Uhr, Beginn 6 Uhr. Programme a Person 25 Pf.

Advertisement for 'Achtung! Tabak!' featuring Haas & Co., Hannover, and Ernest Kolch, Voigt, Martenstraße Nr. 306. Includes text about tobacco quality and prices.

Advertisement for 'Seltene Gelegenheit!' featuring Brauerei (Brewing) in Braunschweig, offering beer for sale at a special price.

Large advertisement for 'Nervenschwäche' (Nerve weakness) by E. A. H. Meister & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Münzstraße 5 - Hannover - Münzstraße 5. Includes text about medical treatment and a diagram of a human figure.

Advertisement for 'Brauer-Hosen' (Brewer's trousers) by Emil Hahfeld, featuring a detailed illustration of a pair of trousers and text about quality and price.

Advertisement for 'Julius Paulsen und Frau, Fienburg' and other local notices, including information about a wedding and a funeral.